

§ 13a UWG

(1) Bei der Festlegung einer angemessenen [Vertragsstrafe](#) nach § [13 Abs. 1 UWG](#) sind folgende Umstände zu berücksichtigen:

1. Art, Ausmaß und Folgen der Zuwiderhandlung,
2. Schuldhaftigkeit der Zuwiderhandlung und bei schuldhafter Zuwiderhandlung die Schwere des Verschuldens,
3. Größe, Marktstärke und Wettbewerbsfähigkeit des Abgemahnten sowie
4. wirtschaftliches Interesse des Abgemahnten an erfolgten und zukünftigen Verstößen.

(2) Die Vereinbarung einer [Vertragsstrafe](#) nach Absatz 1 ist für Anspruchsberechtigte nach § [8 Abs. 3 Nr. 1 UWG](#) bei einer erstmaligen [Abmahnung](#) bei Verstößen nach § [13 Abs. 4 UWG](#) ausgeschlossen, wenn der Abgemahnte in der Regel weniger als 100 Mitarbeiter beschäftigt.

(3) Vertragsstrafen dürfen eine Höhe von 1 000 Euro nicht überschreiten, wenn die Zuwiderhandlung angesichts ihrer Art, ihres Ausmaßes und ihrer Folgen die Interessen von Verbrauchern, [Mitbewerbern](#) und sonstigen Marktteilnehmern in nur unerheblichem Maße beeinträchtigt und wenn der Abgemahnte in der Regel weniger als 100 Mitarbeiter beschäftigt.

(4) Verspricht der Abgemahnte auf Verlangen des Abmahnenden eine unangemessen hohe [Vertragsstrafe](#), schuldet er lediglich eine [Vertragsstrafe](#) in angemessener Höhe.

(5) Ist lediglich eine [Vertragsstrafe](#) vereinbart, deren Höhe noch nicht beziffert wurde, kann der Abgemahnte bei Uneinigkeit über die Höhe auch ohne Zustimmung des Abmahnenden eine Einigungsstelle nach § [15 UWG](#) anrufen. Das Gleiche gilt, wenn der Abgemahnte nach Absatz 4 nur eine [Vertragsstrafe](#) in angemessener Höhe schuldet. Ist ein Verfahren vor der Einigungsstelle anhängig, so ist eine erst nach Anrufung der Einigungsstelle erhobene Klage nicht zulässig.